

Positionen zu Flucht und Asyl

Positionen des Paritätischen Sachsen zu Flucht und Asyl

Seit Monaten sind Menschen aus vielen Teilen der Welt auf der Flucht vor Kriegen, Gefahr für ihr Leben, Folter und Unterdrückung. Deutschland erwartet 2015 bis zu 800.000 Flüchtlinge. Ein Teil davon – etwa 40.000 Menschen - wird im Freistaat Sachsen aufgenommen.

Die deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen, die Berichte und Bilder über Not, Vertreibung und Flucht verdeutlichen die großen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen. Flucht, Asyl und Migration werden uns künftig stärker beschäftigen als bisher. Nur gemeinsam und als gesamte Gesellschaft können wir diese Aufgabe meistern.

Der Paritätische Sachsen versteht sich als Verband kompetenter Träger sozialer Arbeit und Bildung, die sich den neuen Aufgaben stellen und Lösungen erarbeiten. Getreu den Leitmotiven Offenheit, Vielfalt und Toleranz setzt sich der Paritätische Sachsen ein:

- ▶ **Für die unantastbare Wahrung der Menschenrechte**
- ▶ **Für die Bekämpfung der Fluchtursachen**
- ▶ **Für die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes**
- ▶ **Für die Kooperation mit den und Unterstützung für die Aufnahmeländer in den Krisengebieten**
- ▶ **Für legale und sichere Wege nach Europa**
- ▶ **Für die solidarische Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union**
- ▶ **Für schnelle und faire Asylverfahren in Deutschland**
- ▶ **Für konsequente Maßnahmen gegen rechte Gewalt und für den Schutz von Flüchtlingen**
- ▶ **Für die menschenwürdige Unterbringung und ausreichende soziale Betreuung**
- ▶ **Für die schnelle Hilfe bei individuellen Traumata und Notlagen nach der Flucht**
- ▶ **Für die gelingende Integration – Sprache, Bildung, Wohnen, Arbeit**
- ▶ **Für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements**

Positionen zu Flucht und Asyl

Für die unantastbare Wahrung der Menschenrechte

Kernstück aller Maßnahmen der bundes- sowie europaweiten Asyl- und Flüchtlingspolitik muss der Schutz von Flüchtlingen und die Wahrung ihrer verbrieften Menschenrechte sein.

Für die Bekämpfung der Fluchtursachen

Die aktuellen Versuche, Flüchtlinge durch verschiedenste Maßnahmen von der Einreise nach Europa, nach Deutschland abzuschrecken oder abzuhalten, sind zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Wichtig ist dabei vor allem eine wesentlich bessere Verzahnung zwischen den verschiedenen Politikfeldern bzw. Ministerien. Langfristige Entwicklungspolitik kann dazu beitragen, Krisen- und Konflikte zu verhindern oder abzumildern. Illusorisch ist jedoch die Annahme, dass Fluchtbewegungen aus den zahlreichen weltweiten Konfliktherden allein durch Flüchtlings- und Entwicklungspolitik verhindert oder gesteuert werden können.

Während das Ziel „Bekämpfung von Fluchtursachen“ damit für die verschiedenen Regionen der Welt derzeit allerdings realistischerweise kaum kurzfristig umsetzbar sein wird, stellt sich die Situation für die Westbalkanstaaten teilweise anders dar. Aufgrund der geographischen Nähe und der politischen Verknüpfungen muss es der EU möglich sein, durch eine Ausweitung des politischen und finanziellen Engagements eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation und eine gravierende Verbesserung der menschenrechtlichen Lage zu erreichen. Dabei muss ein Hauptaugenmerk auf den Aufbau eines effizienten Justiz- sowie Verwaltungssystems sowie den Schutz zentraler Menschenrechte gelegt werden.

Für die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes

Gerade am Beispiel der Flüchtlinge aus dem Westbalkan zeigt sich, dass für einen Teil der Flüchtlinge die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit einer der entscheidenden Gründe ist, das Land zu verlassen. Um ihnen andere Möglichkeiten als nur den Zugang über den Asylantrag zu ermöglichen, müssen legale Möglichkeiten der Einreise für Drittstaater zur Arbeitsaufnahme erweitert werden, ohne Lohndumping oder Arbeitsausbeutung damit zu befördern (z.B. Saisonarbeitskräfte, zwischenstaatliche Vereinbarungen, Ausbildungsförderung).

Für die Kooperation mit den und Unterstützung für die Aufnahmeländer in den Krisengebieten

Hauptaufnahmeländer der Flüchtlinge sind weltweit nach wie vor die unmittelbaren Nachbarstaaten. Im Nahen Osten etwa Jordanien, Libanon, Türkei. Die bisherigen Bemühungen der EU, diese Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen, sind unzureichend. Kooperationspartnerschaften zwischen der EU und

Positionen zu Flucht und Asyl

Herkunfts- und Transitstaaten zielen weiterhin zu stark darauf ab, entwicklungspolitische Unterstützung an migrationspolitisches Wohlwollen zu knüpfen. Es muss gelingen, diese Staaten – die Einheimischen dort wie die dorthin Geflohenen - wesentlich besser zu unterstützen und ihnen eine Perspektive zu geben. Allerdings darf der Schutz von Flüchtlingen nicht alleine in die Transitstaaten verlagert werden – die Europäische Union muss sich ihrer Verantwortung für den Schutz der Flüchtlinge endlich stellen.

Für legale und sichere Wege nach Europa

Es ist unverantwortlich, dass auch diejenigen, die unzweifelhaft schutzbedürftig sind, sich auf einen gefährvollen Weg nach Europa einlassen müssen, bei dem sie oft Leib und Leben riskieren. Um dies zu verhindern, müssen andere, legale Möglichkeiten der Einreise für Schutzbedürftige ausgebaut oder neu geschaffen werden. Zu denken ist hier etwa an die Ausweitung von humanitären Aufnahmeprogrammen/ Resettlementprogrammen, die Einführung von humanitären Visa oder die Ausweitung der Möglichkeiten, im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen.

Für die solidarische Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union

Die Dublin-Verordnung, die regelt, welcher Staat für die Durchführung von Asylverfahren zuständig ist, ist gescheitert. Und das nicht erst jetzt. Denn sie beinhaltet kein System der solidarischen Verteilung der mit der Aufnahme der Flüchtlinge verbundenen Aufwendungen. Zudem setzt eine Verteilung der Flüchtlinge in Europa voraus, dass deren Anerkennungschancen in allen Ländern gleich sind. Davon kann aber keine Rede sein. Es sollte auf europäischer Ebene einerseits sichergestellt werden, dass sich alle Staaten angemessen an der Flüchtlingsaufnahme beteiligen. Andererseits ist aber auch klar, dass die Flüchtlinge nur in den Ländern bleiben, in denen sie tatsächlich sicher sind und für sich und ihre Familien eine Perspektive entwickeln können. Ein starres Quotensystem wird dem nicht gerecht. Vielmehr müssen die Belange der Flüchtlinge, ihre familiären, sozialen, kulturellen Bindungen vorrangig berücksichtigt werden. Nach der Anerkennung sollten sie innerhalb der EU Freizügigkeit genießen.

Für schnelle und faire Asylverfahren in Deutschland

In Deutschland kommt aktuell der schnellen Bearbeitung der Asylanträge hohe Bedeutung zu. Um dies zu erreichen, bedarf es aber nicht nur der Aufstockung der personellen Ressourcen und Verbesserung der Verfahrensabläufe. Sinnvoll wäre es auch, Flüchtlingsgruppen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit nach einer bestimmten Verfahrensdauer ohne weitere Prüfung des Einzelfalls einen

Positionen zu Flucht und Asyl

humanitären Status zuzuerkennen. Asylverfahren müssen zudem nicht nur schnell, sondern auf fair durchgeführt werden. Dazu gehört auch eine unabhängige Beratung.

Für konsequente Maßnahmen gegen rechte Gewalt und für den Schutz von Flüchtlingen

Angesichts der erschreckenden Zunahme rechtsextremistischer Straftaten, von Übergriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte bedarf es einer konsequenteren Positionierung und eines gezielteren Vorgehens von Justiz und Politik gegen rechte Gewalt. Ferner müssen geeignete Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen ergriffen werden (z.B. Verbot von Versammlungen von Rechtsextremen in unmittelbarer Nähe von Flüchtlingsunterkünften, polizeiliche Prävention). Politikerinnen und Politiker müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und geistige Brandstiftung, die durch Diskussionen rund um „massenhaften Asylmissbrauch“ und der Infragestellung von Leistungen und Standards für Flüchtlinge in Deutschland ausgelöst werden kann, unterbinden.

Für die menschenwürdige Unterbringung und ausreichende soziale Betreuung

Aktuell geht es vor allem darum, die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden sicherzustellen. Dies gelingt an vielen Orten nur aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements. An vielen Stellen müssen zunächst provisorische Lösungen gefunden werden. Es muss aber verhindert werden, dass aus diesen Provisorien Dauerlösungen werden, dass etwa Flüchtlinge dauerhaft in Zelten leben etc. Da mit einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen aktuell nicht zu rechnen ist, müssen nun zügig dauerhaft adäquate Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Notwendig ist insgesamt eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Der Auszug von Flüchtlingen aus den Unterkünften in eine eigene Wohnung sollte erleichtert und gefördert werden. Notwendig ist dazu in der Regel eine unterstützende Beratung und Betreuung.

Für die schnelle Hilfe bei individuellen Traumata und Notlagen nach der Flucht

Unter den Asylsuchenden befinden sich zahlreiche besonders Schutzbedürftige, etwa Menschen mit Behinderungen oder traumatisierte Flüchtlinge. Es muss sichergestellt werden, dass deren Bedarfe schnell erkannt werden und adäquate Hilfsangebote zur Verfügung stehen. Die sich diesbezüglich aus der EU-Aufnahmerichtlinie ergebenden Verpflichtungen dürfen angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht aus dem Blick geraten.

Für die gelingende Integration – Sprache, Bildung, Wohnen, Arbeit

Zentrale Aufgabe neben der Unterbringung ist es, Voraussetzungen für die schnellstmögliche Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu schaffen. Dazu

Positionen zu Flucht und Asyl

gehören die zügige Öffnung und Aufstockung der Integrationskurse und der Zugang zu den ESF-Sprachkursen. Wichtig sind zudem der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt nach drei Monaten (Abschaffung Vorrangprinzip), zusätzliche Fördermittel zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt, Zugang zur Ausbildungsförderung etc.

Jedes Kind hat das Recht auf Bildung. Für Flüchtlingskinder im Schulalter besteht in Sachsen die Schulpflicht. Für alle Kindertageseinrichtungen und Schulen sind die Voraussetzungen für die Aufnahme der Kinder aus Flüchtlingsfamilien in ihrem jeweiligen Sozialraum zu schaffen (z.B. Verbesserung der Personalausstattung, Aufbau von Deutsch als Zweitsprache-Klassen).

Unabdingbar für eine gelingende Integration ist aber, in der Bevölkerung durch Information und Öffentlichkeitsarbeit zu interkulturellen Aspekten Verständnis, Achtung und Offenheit für die Flüchtlinge zu gewinnen und zu erhalten.

Für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagement

Es gibt derzeit ein enormes zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge. Ohne dieses Engagement wäre die Aufnahme der Flüchtlinge an vielen Stellen überhaupt nicht zu bewältigen. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge, in die Planung und Koordinierung der Flüchtlingshilfe ist aber unzureichend. Zu fordern ist daher die wesentlich intensivere, frühzeitige und vor allem systematischere Einbeziehung relevanter Akteure der Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung der Flüchtlingsaufnahme in den verschiedenen Ebenen (Bund, Land, Kommune).

Das Positionspapier ist angelehnt an die Agenda zur deutschen Flüchtlingspolitik des Paritätischen Gesamtverbandes.

Mehr zum Thema Migration finden Sie unter: www.migration.paritaet.org

Stand: Oktober 2015

Kontakt im Paritätischen Sachsen:

Hendrik Kreuzberg, Referent für Migration

Telefon: 0351/ 491 66 78

E-Mail: hendrik.kreuzberg@parisax.de

Web: www.parisax.de